

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Klotten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel-Schiffleitung: Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restamezeit anfehlend an den beleghaltenen Zeitfünftel 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Freitag, den 28. Januar 1927

Nummer 23

## Kampf um die Ministerposten

Nachdem nun im Lager der Parteien des Bürgerblocks eine prinzipielle Einigung über die künftige reaktionäre Politik erzielt worden ist, ist nun der Kampf um die Verteilung der Ministerposten ausgebrochen. Gestern nachmittag kamen die Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei zuerst gesondert zusammen, um eine Verständigung über die Besetzung der Ministerien zu erzielen. Darauf folgte eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Fraktionen der Bürgerblockkoalition. Zwar sind die Deutschnationalen mit ihrer Forderung von 5 Ministerposten auf 4 heruntergegangen, sie verlangen aber unbedingt den Posten des Innenministers und des Justizministers. Weiterhin erheben sie Anspruch auf das Finanz- und Verkehrsministerium. Eine Einigung konnte bei dieser Kauferei um die Posten noch nicht erzielt werden. Heute melden die Berliner Blätter, daß heute im Laufe des Tages die Verhandlungen zu Ende geführt werden sollen. Die Germania glaubt bestimmt zu wissen, daß die Deutschnationalen das Innenministerium, das Ernährungs-, Justiz- und Verkehrsministerium übernehmen werden, während das Finanzministerium dem Zentrum zufließen solle. Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung soll die Verteilung der Ministerposten so erfolgen, daß die Deutschnationalen 4, das Zentrum 3 und die Volkspartei 2 Sitze erhalten soll, während die Banrische Volkspartei das Reichspostministerium mit Stingi besetzen wird und der „ewige Gehler“ als „Stammminister“ im Reichswehrministerium als geeignetster Mann die Geschäfte dieses reaktionären Bürgerblocks weiterhin erledigen soll.

Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Ministerliste: Reichskanzler Marx, der zugleich das Ressort für die besetzten Gebiete mitverwalte, Reichsinnenminister Baillat, Reichsaußenminister Stresemann, Reichswehrminister Gehler, Reichsfinanzminister Köhler (Zentrum), Reichsjustizminister Lindner-Wildau, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsernährungsminister Schiele, Reichsverkehrsminister Krowne, Reichspostminister Stingi.

Für den Posten des Reichsfinanzministers wird von den Deutschnationalen, falls ihnen das Ressort zufallen sollte, der Abgeordnete Dr. Oberfahren genannt. Die

Verhandlungen, die bis gestern in die späten Nachstunden führten, werden heute morgen fortgesetzt. Die Volkspartei hält noch an dem Verkehrsministerium fest, während die Deutschnationalen unter allen Umständen das Finanzministerium in ihre Hände bekommen wollen. Der Kampf in der Bürgerblockkoalition um die Verteilung der Ministerposten ist also im vollen Gange. Es ist kein Zweifel darüber, daß die Deutschnationalen in dem neuen Kabinett die wichtigsten Positionen ausgeliefert erhalten und damit auch dem verschärften reaktionären Kurs im Innern die Richtung geben.

### Die Demokraten lehnen ab

Der demokratischen Fraktion sind die Truppen zu teuer geworden. Sie hat deswegen beschlossen, den Regierungseintritt abzulehnen. Die Demokraten hatten verlangt, daß in den Richtlinien in bezug auf die Kulturpolitik Veränderungen vorgenommen würden. Das lehnte Marx ab. Durch die Haltung von Marx kam der Beschluß der Demokraten zustande. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, den bisherigen Ministern Dr. Gehler, Dr. Köhler und Dr. Reinhold mitzutreten, sich an der Bildung der neuen Regierung nicht zu beteiligen. Daß Gehler sich an neuen Beschluß der demokratischen Fraktion halten wird, ist kaum zu erwarten. Blättermeldungen zufolge beabsichtigt Gehler, aus der Demokratischen Partei auszutreten und wird voraussichtlich weiterhin im Reichswirtschaftsministerium als sogenannter Nachminister verbleiben. Die demokratische Fraktion des Reichstages veröffentlicht zur Begründung ihres Beschlusses eine Erklärung, in der sie die Richtlinien, die von Marx mit den Deutschnationalen vereinbart worden sind, als einen „wesentlichen Gefährdungswinkel der Deutschnationalen Volkspartei“ bezeichnet. Die demokratische Fraktion lehnt in den Richtlinien auf dem Gebiet der Schule eine „unerträgliche Einseitigkeit“, die abzuändern keine Bereitschaft besteht. Zum Schluß erklären die Demokraten, in die „Opposition“ gehen zu wollen, um mit bestem Erfolg für die Erfüllung der in den Richtlinien gegebenen Versprechungen wirken zu können. Was von der sogenannten Opposition der Demokraten zu erwarten ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Der reaktionäre Kurs, wie er beispielsweise durch den Schand- und Schmutzminister Köhler betrieben wurde, beweist, daß die Demokraten bereit sein werden, im Rahmen des Programms des Bürgerblocks mitzumarschieren.

## Die jüngste Entwicklung in China

Von Tangshinhe.

Eine peinliche Sache für Japan ist es, daß sich Tschangtscholin, den es so sorgfältig geschützt und erzogen hat, heute von ihm abwendet. Dieser bisherige japanische Wächter stellt sich mehr und mehr in englische Dienste und will sich ganz von Japan loslösen. Zwei ganz treue Anhänger Japans, seinen Stabschef Yanggü-chin, und einen hohen Zivilbeamten Chen-tien, beide frühere Gouverneure von Kiangsu, hat er vor kurzem ihrer Ämter entsetzt, mit der Begründung, sie seien zu konservativ. Als Tschangtscholin im vergangenen Jahre nach Süden marschieren wollte, hatten ihm diese beiden geraten, doch nur in die Mandchurei oder eventuell in Nordchina zu bleiben und sich nicht augenblicklich in Kämpfe mit den Kantontuppen einzulassen. Dieser Rat war auf japanische Wünsche zurückzuführen. Japan hatte gesehen, daß die Inflation und die damit verbundene Wirtschaftskrise in der Mandchurei durch die dauernden Kriege Tschangtscholins immer weiter ausarteten, und es befürchtete, daß dadurch das ganze, in der Mandchurei stehende japanische Kapital eines Tages zugrunde gehen würde. Es hat weiter erkannt, daß die chinesische Revolution immer größere Ausdehnung annimmt und daß die ohne soziale Basis bestehende Tschangtscholin-Clique sich nicht mit den revolutionären Kräften messen könnte.

Tschangtscholin ließ es mit der Abkehr der beiden japanischen Anhänger nicht genug sein, sondern bildete nach seinem Eintreffen in Peking wieder eine neue Welingtonkoo-Regierung. Abgesehen vom Verkehrs- und Kriegsminister sieht sich diese Regierung aus der sogenannten diplomatischen Clique zusammen, die bekannt englischfreundlich und japanfeindlich eingestellt ist. Das war ein graufamer Stoß gegen die japanischen Imperialisten.

Die neue Regierung hat sich zur Aufgabe gemacht, für Durchführung einzelner Punkte des englischen China-Memorandums zu sorgen, deren wichtigste die Erhebung der neuen Zusatzzölle ist. England will diese Zölle sofort bedingungslos jeder lokalen Behörde zukommen lassen. Japan widersetzte sich dem gleich aus handels- und politischen Gründen; denn bei der Erhebung der Zusatzzölle würde hauptsächlich Japan belastet werden, und die Mehreinnahmen würden zum allergrößten Teil den englischen Lokalen zugute kommen. Die in Händen englischfreundlicher Elemente befindliche neue Peking Regierung wird aber dem japanischen Protest nur wenig Aufmerksamkeit schenken.

Den Kriegsministerposten, der bei der Peking Regierung heute überhaupt keine Rolle spielt, hat ein Tschangtscholin-Anhänger inne. Verkehrsminister — von dem das Finanz- und Militärwesen abhängt — ist ein Anhänger Changtschung-changs. Das bedeutet innerhalb der Tschangtscholin-Clique wieder einen Fortschritt des mehr englischfreundlichen Changtschung-chang.

Was wird Japan tun, da Tschangtscholin immer weiter von ihm abbrückt? Ihm kommt es selbstverständlich vor allem auf die Mandchurei an. Als neuen rechten Lokalen wird es sich wahrscheinlich dem Gouverneur von Hailungkiang oder von Kirin heranziehen. Diese beiden haben kürzlich mit allem Eifer Tschangtscholins Plan, nach Peking zu gehen, gesichert, aber nicht etwa, um damit England zu unterstützen, sondern um Tschangtscholin aus der Mandchurei loszuwerden und dadurch eventuell seinen Posten als Generalgouverneur der Mandchurei (Tschangtscholin selbst ist jetzt Oberkommandierender der Armee zur Sicherung des Landes) zu erlangen.

Changtschung-chang, dem momentan härtesten rivalen Tschangtscholins und Beherrscher der Schantung- und Chihli-Truppen, ist es gelungen, die beiden Provinzen Nganhu und Kiangsu unter seine Kontrolle zu bekommen. Auf Grund der Autonomie-Erklärung Tschangtschung-changs zwang Changtschung-chang Suntschung-chang mit seinen Resttruppen gegen diese Provinz vorzugehen. Als dieser in Ningpo (Hafenstadt) einmarschierte, jubelte die englische Presse, daß die Kantontuppen endgültig in Tscheliang geschlagen seien. Tatsächlich befinden sich die dortigen Haupttruppen der Kantontarmee nicht im Osten, an der Küste, sondern in West-Tscheliang, von Kiangsi herkommend. Sie bewegen sich den Tientang-Kiang-Fluß entlang auf die Hauptstadt Tscheliangs-Hangchow zu. Eine Tscheliang-Brigade ist bereits zur revolutionären Armee übergegangen, und ihr Führer wurde zum Chef der 28. Kantontarmee ernannt.

## Die KPD droht mit Interventionkrieg

Die „linke“ sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme befaßt sich mit den unteren Lesern bekannten Reden der Genossen Bucharin und Woroschilow, in denen sie auf der Moskauer Parteikonferenz der KPD der Sowjetunion die Notwendigkeit auseinandersetzen, daß sich das Proletariat der Sowjetunion angeschlossen der immer drohender werdenden kriegerischen Angriffspläne der Imperialisten zur Verteidigung des proletarischen Staates rüsten muß.

Die sozialdemokratische Zeitung nennt das „Säbelraseln“ und knüpft daran die folgenden Ausführungen, die nur dem einzigen Zweck dienen können, die deutsche Arbeiterschaft zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion reiß zu machen: „Die Verteidigungsbegeisterung bildet sehr oft eine bequeme Form der Kriegspropaganda. (Das trifft auf die sozialdemokratischen Führer vollkommen zu. Siehe ihre Haltung 1914 oder die Wochenabende heute, der auch nur englische Interessen in China verteidigt wissen will. Red. v. Arb.) Die bolschewistische „Friedfertigkeit“, die die abenteuerliche Außenpolitik Sowjetrußlands deckt, ist genau so verdächtig, wie die „Friedfertigkeit“ der imperialistischen Staaten. Die Arbeiterschaft der Roten Armee und der deutschen Reichswehr zum Zweck der gemeinsamen Herstellung und Verteilung von Granaten, Giftgasen usw., stärkt unser berechtigtes Mißtrauen gegen die bolschewistische „Friedfertigkeit“ noch mehr. Das Blatt kann zwar die imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion nicht leugnen, ruft aber doch die Arbeiterschaft Westeuropas auf, „gegen die bolschewistische Abenteuerpolitik, gegen das verbrecherische Spiel mit dem Feuer auf das Entscheidungsspiel zu protestieren“.

Die Sozialdemokratie hat den Versuch unternommen, die deutsche Arbeiterschaft mit dem bekannten Granatenschwindel in eine feindliche Front gegen die Sowjetunion zu bringen. Das ist ihr nicht gelungen. Die Solidarität auch der nichtkommunistischen Arbeitermassen mit dem proletarischen Staat konnte nicht erschüttert werden. Jetzt versucht die sozialdemo-

kratische Presse die Köpfe der Arbeiter mit neuartigen Giftgaswadern zu benebeln, um sie für die Pläne des englischen Imperialismus gefügig zu machen. Die Führer des russischen Proletariats haben keine Veranlassung, vor den Massen die drohende Gefahr zu verschleiern. Sie tun ihre revolutionäre Pflicht, wenn sie auf diese Kriegsgefahr und auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, gegen den drohenden imperialistischen Angriff nicht nur mit Resolutionen, sondern auch mit guten, modernen Waffen zu rüsten. Nichts ist lächerlicher, als die Unterstellung der sozialdemokratischen Presse, die Führer des russischen Proletariats matten diese Kriegsgefahr groß an die Wand, um „die Parteioption zur reiflichen Waffenentziehung zu zwingen“ oder „die Diktatur zu stärken“. Die Parteioption, hinter der niemand steht, hat längst die Waffen gestreckt und die Diktatur des Proletariats steht in der Sowjetunion fester denn je. Durch dieser Ablenkungsmanöver wird es der Sozialdemokratie weder gelingen, die Aufmerksamkeit der europäischen Arbeiterschaft von den Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte abzuwenden, noch die Sowjetunion in ihren Augen als eine säbelraselnde, kriegslüsterne imperialistische Macht verächtlich zu machen.

Wenn das sozialdemokratische Blatt verspricht, „daß die Gefahr einer bewaffneten Intervention (gegen die Sowjetunion) sich verringern würde, wenn (1) die bolschewistische Regierung die Abenteuerpolitik des roten Imperialismus unter dem Deckmantel der Weltrevolution aufgäbe“, so befindet es sich in ausgezeichneten Gesellschaft. Auch Chamberlain hat schon längst versprochen, seine Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion einzustellen, wenn diese es aufgibt, ein proletarischer Staat, die letzte Sünde, der zuverlässigste Verbündete der revolutionären Bewegungen der ganzen Welt zu sein. Weil aber die Sowjetunion das nie aufgeben wird, ist die Fesseln der sozialdemokratischen Presse nichts anderes, als eine offene Drohung mit der bewaffneten Intervention der Imperialisten. Von der Arbeiterschaft werden diese „Hinten“ daher die gebührende Antwort bekommen.

Heute Freitag abend 7 Uhr auf dem Schützenplatz Massenprotest gegen die Hamburger Klassenjustiz!